

Musterantrag

Tarifbindung der Beschäftigten in Kommunalen Krankenhäusern

[Die Vertretung] möge beschließen:

[Die Vertretung] setzt sich dafür ein, dass im [kommunalen Krankenhaus] Tariflöhne gezahlt, prekäre Arbeitsverhältnisse abgeschafft und Leiharbeitsverträge auf ein Minimum reduziert werden. Ausnahmen beim Mindestlohn sind zu vermeiden. Dazu wird die Verwaltung aufgefordert, gemeinsam mit örtlichen Vertreter*innen von Verdi dazu Vorschläge zu erarbeiten und an die Geschäftsführung des Krankenhauses heranzutragen.

Begründung:

In Folge des seit 20 Jahren bestehenden Kostendrucks auf die Krankenhäuser hat die Arbeitsbelastung von Pflegekräften in Krankenhäuser deutlich zugenommen. Nur durch eine gute tarifliche Bezahlung und eine Verbesserung der Personalausstattung wird eine gute Behandlung von Patienten möglich sein. In den letzten Jahren haben Konzerne und die wechselnden Bundesregierungen den Druck auf Beschäftigte und ihre Gewerkschaften erhöht. Viele Unternehmen sind aus den Tarifverträgen ausgestiegen, um Löhne zu senken. Sie erlauben Arbeitgebern, normale Arbeitsplätze in unsichere und niedrig entlohnte Arbeit umzuwandeln, wie Leiharbeit, Minijobs, befristete Beschäftigung und Ein-Euro-Jobs. Zudem müssen Erwerbslose in Hartz IV nun jeden Job annehmen, egal wie schlecht er ist. Beschäftigte und Erwerbslose werden gegeneinander ausgespielt. Der Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen steigt. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, sind Betriebs-/Personalräte in den kommunalen Krankenhäusern außerordentlich wichtig und ein Bestandteil der örtlichen Solidargemeinschaft.

Musterpressemitteilung

Tarifbindung für alle im [kommunalen Krankenhaus] gefordert

Die Linksfraktion in [Vertretung] hat für die nächste Sitzung einen Antrag eingebracht, der die Tarifbindung der Beschäftigten des [kommunalen] Krankenhauses befördern soll. Nur durch eine gute tarifliche Bezahlung und eine Verbesserung der Personalausstattung wird eine gute Behandlung von Patienten möglich sein. Die/Der Fraktionsvorsitzende XY betont, Politisches Handeln muss sich am Leitbild Guter Arbeit orientieren. Statt prekärer oder gesundheitsschädlicher Beschäftigung sind mehr gut entlohnte und altersgerechte Arbeitsplätze notwendig, im Gesundheitswesen genauso, wie auf dem gesamten Arbeitsmarkt. Die Patientinnen und Patienten müssten wieder in den Mittelpunkt des Gesundheitswesens gestellt werden.